

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 25 (1945-1946)
Heft: 2

Artikel: Um die Friedensziele : zu den Gedankengängen zweier
Welschschweizer
Autor: Weiss, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159290>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Man kann nun aber auch den entgegengesetzten Weg einschlagen und zu der vom griechischen Ideal von «Freiheit, Maß und Menschlichkeit», sowie vom Christentum bestimmten europäischen Traditionslinie zurückkehren; denn diese Ideale, die schon so oft vernachlässigt, verraten und zum alten Eisen geworfen wurden, sind es, die den Begriff Europa haben werden lassen, und ihnen verdankt unser Erdteil seine besten und fruchtbarsten Impulse. Je konsequenter wir daher dem letzteren Wege folgen, desto eher sollte in der Zukunft imperialistischem Machtstreben begegnet werden können.

Um die Friedensziele Zu den Gedankengängen zweier Welschschweizer

Von Otto Weiss

Jeder Krieg ist, will man die bekannte Formel von Clausewitz mit einem Paradoxon variieren, eine militärische Auseinandersetzung um die Gestaltung des wiederherzustellenden Friedens. Die geistige Auseinandersetzung wird durch ihn kaum unterbrochen; sie begleitet ihn unter fortwährenden Wechselwirkungen hin- und herüber. In ihren Kriegszielformulierungen spiegelt sich bis zu einem gewissen Grade der momentane Stand des Machtringens wieder; ihrerseits vermag sie Tempo, selbst Richtung des Kampfes, berechnet oder nicht, mitzubestimmen. Ihre Schlüsse werden, je rascher der Gang der kriegesischen Entwicklung sich vollzieht, desto eher von neuen Teilergebnissen überholt; je tiefer der Betrachter den Dingen auf den Grund zu gehen weiß, umso länger behalten seine Folgerungen ihre Gültigkeit und verlieren sie vielleicht überhaupt nicht völlig. Darauf aber wird es, soll der kommende Friede von Dauer sein, ankommen, daß die denkende Menschheit die tiefsten Probleme erfaßt und für ihre Lösung gangbare Wege zu weisen vermag; denn der fliehende Lauf der Entwicklung wird auch später, wenn nicht mehr militärisches Kräfteressen sie bestimmt, Konzeptionen und Entwürfe überholen.

Die Verantwortung für die Gestaltung des künftigen Friedens wird auf den leitenden Staatsmännern der ausschlaggebenden Weltmächte und Großmächte liegen. Ohne Auseinandersetzung mit der öffentlichen Meinung ihrer Länder — wo immer eine solche sich bilden und zur Geltung bringen darf — werden sie die Neugestaltung nicht in Angriff nehmen und durchführen können. Diese Auseinandersetzung wird für das Werden der neuen Welt von morgen ausschlag-

gebend ins Gewicht fallen. Die Stimme des Neutralen muß schon stark sein und Wesentliches zu sagen haben, um sich Gehör zu verschaffen.

Daraufhin sind die beiden vielbeachteten Beiträge zur Diskussion um die Kriegsziele und die Friedensgestaltung zu untersuchen, mit welchen zwei welschschweizerische Gelehrte, beide Dozenten an der Universität Genf, an die Öffentlichkeit traten. Sie packen — dies sei vorausgeschickt — ihre Aufgabe unabhängig von der in- und ausländischen Literatur an, gehen von ganz verschiedenen Hauptgesichtspunkten aus, und ihre Ergebnisse liegen denn auch auf völlig verschiedenen Ebenen.

Léopold Boissier will in seinen «*Regards vers la paix*»¹⁾ von der Untersuchung ausgehen, warum die Methoden zur Erhaltung des Friedens nicht angewandt wurden, oder warum sie, als man sie anzuwenden versuchte, so traurig versagten. Der Völkerbund als Mittel zur Friedenssicherung konnte seine Sendung nicht erfüllen, solange er nicht weltumfassend wurde, und solange ein einziger Staat stark genug war, seinen Beschlüssen zu trotzen. Er eilte seiner Zeit voraus, indem er von Regierungen und Völkern Opfern an Eigenliebe verlangte, die zu bringen sie noch nicht fähig waren.

Um nach diesen Grundgedanken seine Vorschläge gestalten zu können, prüft Boissier zuerst die allgemeinen, dann die regionalen Probleme, endlich die politische Entwicklung.

So vieles von seinen Überlegungen in den beiden ersten Hinsichten überholt sein mag, so verdienen anderseits vier Gedanken festgehalten zu werden. Europa, der streitsüchtige alte Kontinent, wird diesmal nicht mehr allein sein; die Vereinigten Staaten werden sein Schicksal teilen, wie es sich auch gestalten mag. Als große Unbekannte kommt Boissier — und nicht nur ihm — die USSR. vor; «*Les dirigeants du Kremlin sont-ils sincères lorsqu'ils proclament le droit des peuples à disposer d'eux-mêmes?*» (p. 54). Im westeuropäischen Zusammenhang kann er sich einen dauerhaften Frieden nicht ohne Frankreich denken. Allgemein und grundsätzlich gibt er den Großmächten zu bedenken: «*Celles qui seront victorieuses, ne pourront faire seules une paix durable. Cette paix doit avoir pour instrument la raison, c'est-à-dire la faculté de juger, de faire un choix*» (p. 73).

Im Zusammenhang der staatspolitischen Entwicklung stellt Boissier die Frage der Staatsformen in den Vordergrund. In den Demokratien wie in den Diktaturstaaten konstatiert er eine Abkehr der Aufmerksamkeit von dem, was im vergangenen Jahrhundert als das Wichtigste erschienen war. «*Ainsi la révolution que nous vivons*

¹⁾ Neuchâtel, Editions de la Baconnière, 1943. Ins Deutsche übersetzt unter dem Titel «Dem Frieden entgegen» von M. und W. Grossenbacher. Bern, Herbert Lang & Cie., 1943.

a-t-elle déjà pénétré profondément dans les esprits» (p. 82). Das Minderheitenproblem kann nicht einzig durch Gesetzestexte seine Lösung finden; vielmehr ist eine solche nur möglich «dans une évolution de l'Europe retrouvant les enseignements de la religion chrétienne et de l'humanisme» (p. 108). Die Stellung der Kleinstaaten wird, gehe der Krieg aus wie er wolle, nachher recht schwierig sein; sogar in den angelsächsischen Staaten lassen sich Stimmen vernehmen, die ihren Anspruch auf Unabhängigkeit bezweifeln. Von der Schweiz meint Boissier: «A son actif, elle aura sa volonté d'indépendance, manifestée par son armée et, nous voulons l'espérer, par son esprit public» (p. 21).

Die Frage «Wie wird der Friede sein?» beantwortet Boissier wesentlich durch die entschiedene Ablehnung der heute allgemeinen, sogar in den angelsächsischen Ländern sich vordrängenden Tendenzen nach Abschaffung aller Ungleichheiten; sie liefe im wesentlichen auf Beseitigung des Mittelstandes hinaus, der sich doch als hauptsächliche Voraussetzung für eine gesunde Demokratie erwiesen hat. «La vraie démocratie consiste non pas à niveler les classes, mais, au contraire, à établir entre elles une saine et confiante collaboration» (p. 113/114). «Si l'on veut faire régner une paix durable et des institutions démocratiques en Europe, il importe d'y maintenir des classes sociales solides, capables de prendre leurs responsabilités» (p. 114).

Auf die letzte Grundfrage «Wer wird den Frieden machen?» will daher der Verfasser in aller Bescheidenheit mit einem einfachen Wunsch antworten: «Que cette paix soit faite par des peuples qui seront prêts, non seulement à collaborer les uns avec les autres, mais aussi à établir, chez eux, un régime de justice sociale ayant pour base le maintien de toutes les forces du pays» (p. 114).

Nicht weniger vorsichtig als Boissier zeigt sich *Charles Burky* in seinen Feststellungen und Folgerungen. Sein Thema «*Grandes puissances et organisation du monde*»²⁾ verrät allerdings mehr den Weg der Untersuchung als die Ebene, auf welcher sich seine Schlußnahmen bewegen. Von den letzten Jahren der Zwischenkriegszeit aus führt er seine Leser durch die Erfahrungen der Großmächte während des Zweiten Weltkrieges zum Problem der Reorganisation und Rekonstruktion. Er möchte den kriegführenden Völkern zeigen, «que la critique neutre ne s'arrête pas aux déficits qu'elles signalent chez leurs adversaires. Elle distingue, bien plutôt, chez chacune d'elles, des éléments constructifs, dont l'assemblage — c'est notre thèse — pourrait faire le bonheur d'une humanité réconciliée» (p. XVI).

Indem Burky unter Heranziehung der bereits sehr reichhaltigen und vielfältigen Kriegszielliteratur das Wohin und Wie der Reorgani-

²⁾ Im gleichen Verlag wie Boissier, 1943.

sation und Rekonstruktion untersucht, läßt er sich von der Alternative «Alte oder neue Ordnung?» leiten. Durch die aufeinanderfolgenden Analysen der Hauptelemente beider gelangt er zu einer vorsichtigen Synthese. Folgen wir seinen Gedankengängen.

Die kommende Organisation der Welt wird nicht gleichbedeutend sein mit einer so radikalen Umformung, wie man das zur Zeit glaubt. Auf Grund allerdings nur zum Teil bestehender Verumständungen darf man sagen, daß eine Ehrenrettung und Wiedereinsetzung des Liberalismus und des Kapitalismus keineswegs als ausgeschlossen gelten darf, wo doch selbst das Dritte Reich an die kühnen Improvisationen des Einzelnen appellierte. «La bureaucratie officielle est-elle mieux à même de résoudre les problèmes économiques que l'initiative privée?» (p. 240). Die Abschaffung des Privateigentums läßt sich überhaupt nicht verwirklichen; anderseits ist der reine Individualismus in unserer Zeit nicht mehr zu ertragen. «L'individu lutte contre l'individu; le plus fort l'emporte. C'est lui qui a déshumanisé la production» (p. 250). Der Individualismus wird niemals sterben; aber er kann auch nicht weiterhin despotisch regieren.

Wie weit werden oder können sich die Hoffnungen eines Teils der Menschheit auf eine neue Ordnung verwirklichen? Burky stützt seine Überlegungen darüber auf eine Reihe europäischer und amerikanischer Publikationen. Für sicher hält er, daß die uns von Krise und Krieg aufgezwungene staatlich gelenkte Wirtschaft sich noch mindestens lange Jahre behaupten wird. Sie muß sich jedoch lockern. «La prétention de diriger l'économie, suivant un plan préconçu, pré-suppose l'omniscience et l'omnipotence» (p. 253). Dagegen läßt sich eine staatliche Intervention zur Ausschaltung von Mißbräuchen und Auswüchsen des Individualismus wohl denken. Beispielsweise soll er überflüssige oder nichtlohnende Aktivität in neue, besserlohnende, der Allgemeinheit nützlichere Sektoren der Volkswirtschaft überleiten dürfen.

Könnte jedoch nicht ein besonderer Kollektivorganismus diese Aufgabe dem Staat abnehmen, genau gesagt, auf Rechnung des Staates die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben übernehmen? Ob das der Korporatismus sein könnte, sucht Burky nicht eingehend zu prüfen. Vielmehr wendet er sich rasch der heute viel weiterverbreiteten und offensichtlich bewährten Erscheinung des Kooperatismus, des Genossenschaftswesens zu. Mit Fouquet stellt er es in die Mitte zwischen den staatswirtschaftlichen und den privatwirtschaftlichen Sektor. Könnte nicht der Kooperatismus, indem er die kooperative Planung bringt, sowohl den Privatkapitalismus wie die Staatswirtschaft ersetzen? Er verkörpert gegenüber der Staatsintervention, welche die Vorstufe zum autoritären Sozialismus ist, die organisierte Freiheit. Seine Wirkungskraft wird allerdings entscheidend bedingt sein durch

die Qualität seines vertikalen Aufbaus, der gekrönt sein müßte durch eine internationale Genossenschaftsallianz zur universellen Vertretung der Genossenschaftsinteressen und des Weltaufbaus der Genossenschaften. Gründet sich der Kooperatismus, wie man ihm gelegentlich vorwirft, auf keine politische Ideologie, so mag sein Vorzug darin liegen, daß er die Staatspolitik den politischen Parteien überläßt und sich allein dem wirtschaftlich-sozialen Sektor widmet.

Burky wägt somit die Vorzüge und Nachteile sowohl der alten Ordnung als neuer Lösungen einfach ab. Er tut es rein sachlich. Indem er an den Versuch einer Synthese herantritt, gibt er zu bedenken, daß wie in jedem Menschen das Gute und das Böse, so in jeder menschlichen Organisation die Vorzüge und die Nachteile miteinander ringen. Das Grundproblem ist nicht so sehr ein organisatorisches und juristisches als vielmehr ein ethisches: «... il s'agit moins de changer de vie, de tout au tout, d'abandonner des organisations qui firent leurs preuves ou de s'attacher à de nouvelles qui enthousiasment que d'apporter un esprit nouveau dans les relations humaines» (p. 283). Mit dem christlichen Japaner Kagawa gibt Burky der Meinung Ausdruck, es handle sich darum, den Geist der Bergpredigt auf die wirtschaftlichen Beziehungen anzuwenden; nicht alte *oder* neue Ordnung, sondern alte *und* neue Ordnung im Geist des Christentums — das ist die Lösung.

Es ist nicht leicht, die Gedankengänge von Boissier und Burky miteinander zu vergleichen. Sie decken sich nicht, sie überschneiden sich nur wenig, sie ergänzen sich vielmehr zu einem interessanten Gesamtbild, das zum Vergleich mit Ansichten von Vertretern kriegsführender Staaten herausfordert. Wir denken besonders an Carr³⁾.

Die beiden Welschschweizer stimmen vor allem darin überein, daß sie über gewisse alltäglich besprochene, besonders heikle und stets stark umstrittene Elemente der künftigen Friedensgestaltung hinweggehen: über Abrüstung und Reparationen, über Okkupation, Gebietsfragen, staatliche Umgestaltungen und Kolonialprobleme, über Grundsätze wie Freiheit der Meere und Freiheit des Luftverkehrs, über die Forderung nach Umerziehung besiegtter Völker. Ohne sich durch das Streben nach einer lückenlosen Betrachtung des Komplexes der Friedensgestaltung, wie sie Carr offenbar vorschwebt, beeindrucken zu lassen, folgen sie einfach gewissen von ihnen als besonders wesentlich erkannten Grundlinien.

So wenig wie Carr unterschätzen Boissier und Burky die vor sich gehende, bereits weitgediehene Wandlung der Geister, die sich von den Idealen des 19. Jahrhunderts abwenden, ohne daß allerdings der dem

³⁾ Conditions of Peace, vgl. Schweizer Monatshefte, Heft 10/11, Januar/Februar 1945, Jahrgang XXIV.

west- und mitteleuropäischen Menschen innewohnende Individualismus abdanken möchte. Wenn aber Carr, welcher der englischen Labour Party angehört, diese Abkehr als unwiderrufliche Auflehnung gegen liberale Demokratie, Selbstbestimmungsrecht und wirtschaftliches Laissez-faire in Rechnung zieht und diese geistige Einstellung sozusagen mit der bevorstehenden tatsächlichen Entwicklung identifiziert, so unterscheiden die beiden Welschschweizer scharf zwischen der geistigen Situation, dem von ihnen als Optimum betrachteten Möglichen und den tatsächlichen Aussichten. Burky, der im Gegensatz zu Boissier das Schwergewicht seiner Gedankengänge auf die wirtschaftlich-sozialen Probleme verlegt, betont geradezu seinen Glauben an die Existenzberechtigung von Liberalismus, Individualismus und Kapitalismus, jedoch unter Wandlung von der egoistischen zur sozialen Einstellung. Schärfer als bei Boissier tritt bei ihm das Bekenntnis zum Evolutionismus im Sinn einer allmählichen Synthese von Neuem mit Bestehendem zutage, und umfassender, stärker ausgesprochen ist sein Glaube an die entscheidende Wirkung der ethischen Grundlage einer Neugestaltung. Als solche Basis betrachtet Boissier, indem er sie allerdings einseitig im Zusammenhang des Minderheitenproblems nennt, das Wiederaufleben von Christentum und Humanismus; für Burky ist das Grundproblem der Friedensgestaltung schlechthin ein ethisches im Sinn reinen, ursprünglichen Christentums. Hierin nähert er sich den Päpsten des vergangenen Halbjahrhunderts, von denen namentlich Pius XI. in seiner Enzyklika «Quadragesimo anno» die institutionellen Reformen ohne ideelle, ethische Erneuerung im Geist der christlichen Nächstenliebe für wirkungslos erklärte. Wer zeitlich zurückgreifen will, stößt auf die Grundgedanken der Heiligen Allianz. Wer örtlich sich weiter umsehen möchte, findet im bolschewistischen Rußland der religionslosen Schule, der Gottlosenpropaganda und der ursprünglichen — heute endgültig oder vorübergehend, aus Opportunitätsgründen grundsätzlicher oder taktischer Herkunft abgestellten — Religionsfeindlichkeit des Staates das urkräftig hervorbrechende Bedürfnis besonders der Jugend nach lebendiger Beziehung zum Überirdischen. Diese Erscheinung ignoriert Carr; für ihn bleibt das Problem der Neugestaltung wesentlich ein materielles, hinter dem er höchstens intellektuelle Faktoren erkennen will.

Bleibt man mit der Betrachtung in diesen Sektoren stehen, so gewahrt man eine andere große Meinungsverschiedenheit zwischen dem Engländer und den beiden Welschschweizern. Carr fordert, daß die politischen Rechte der Demokratie auch in der Wirtschaft zur Geltung gelangen; offensichtlich neigt er der Vorstellung einer klassenlosen Gesellschaft zu, während Boissier an eine Zukunft der Demokratie auf der Grundlage eines gegliederten Gesellschaftsaufbaus

mit einem starken Mittelstand glaubt. Berührt sich Burky mit Carr, indem sie beide der Staatsintervention eine subsidäre Funktion einräumen wollen, so möchte Carr doch einen weit stärkeren Akzent auf die Staatsintervention legen. Außerdem fordert er eine entschiedene überstaatliche Wirtschaftsplanung mit dem Primat des Verbrauches vor der Erzeugung. In diesem Sinn ist für ihn die European Planning Authority der «Hauptschlüssel» zum Problem der wirtschaftlichen Nachkriegsregelung. Burky beschreitet in dieser Hinsicht eine besondere Bahn, indem er vorsichtig vom Korporatismus, dagegen rückhaltlos vom Kooperatismus als derjenigen Organisationsform spricht, welcher eine ausgleichende Funktion zukommen soll. Hier gerät er jedoch in die Gefahr der Inkonsequenz; denn mißtraut er der Staatsintervention als der Vorstufe zum autoritären Sozialismus, so zieht er bei einem subsidiär funktionierenden Kooperatismus, dessen Befugnisse sich bis in den überstaatlichen Bereich erstrecken sollen, die Möglichkeit des überhandnehmenden Kollektivismus gar nicht in Betracht.

Diese Verschiedenheiten der grundsätzlichen Einstellung und Beurteilung erklären sich natürlich größtenteils aus dem Umstand, daß die beiden Welschschweizer vom Boden der liberaldemokratischen Weltanschauung ausgehen, während Carr sozialistisch denkt und der materialistischen Geschichtschreibung augenscheinlich nahesteht. Das angelsächsische Großmachtdenken äußert sich bei Carr — wie in Feldmarschall Smuts' Rede vom 25. November 1943 — darin, daß er die Existenzberechtigung von Kleinstaaten bezweifelt in einer Zeit, wo sie nach seiner Ansicht durch die moderne Kriegstechnik problematisch geworden ist. Geht hier der Sozialist in auffallender Weise — gewiß: «realpolitisch» — vom Primat der Macht aus, so bekennen sich die beiden Schweizer Liberalen offensichtlich zum Gedanken des Rechts.

So bringen sie die Stimme eines Kleinstaates, *unseres* Kleinstaates nicht nur in dessen eigener Sache, sondern im Sinn besonderer Auffassungen vom dauernden Frieden zu Gehör. Er ist für sie gleichbedeutend mit dem gerechten Frieden. Ob er Wirklichkeit wird, ist eine Frage. Daß ein anderer als ein gerechter Friede von Dauer sein wird, steht außer Frage. Mögen die Stimmen aus den Kleinstaaten auch bei der politischen Liquidation des Zweiten Weltkrieges Beachtung finden. Daß sie einmal historisch interessant sein könnten, weil sie Richtiges beizeiten aussprachen, wäre ein schwacher Trost.